

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Pettzelle 20 Pfennige, Vereinsanzeigen 10 Pfennige. Sämtliche Postanfallten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Die Unternehmerverbände rüsten sich! — Stuttgarter Brief. — Korrespondenzen (Berlin, kombinierte Verammlung, Berlin, gemeinsame Sitzung der Vorstände.) — Briefkasten. — Anzeigen.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Berlin I. Der Arbeitsnachweis befindet sich vom 20. Dezember 1905 ab im Graphischen Vereinshaus bei Denning, Alexandrinenstraße 44. — Telefon: Amt IV, 5532.

Berlin III. Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Der neu gegründete Arbeitsnachweis ist ab 20. Dezember Alexandrinenstr. 44 bei Denning, Graphisches Vereinshaus. Telefon: Amt IV, 5532. — Auch die Zahlende sind dort.

Stettin. Vorsitzender der neugegründeten Zastelle ist Carl Gronke, Philippsstr. 12. — Kassierer Franz Schröder, Torneerstr. 1, D. 3 Tr.

Der Verbandsvorstand.

A. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Die Unternehmerverbände rüsten sich!

Der Gesamtverband der Metallindustriellen hat bekanntlich eine Entschädigungspflicht bei Streiks an seine Mitglieder eingeführt und die deutschen Brauereien haben neuerdings mit einem Kapital von 275 000 Mk. einen Boykott-Schutzverband gegründet und andere Unternehmerverbände haben die Absicht, Ähnliches einzuführen. Diese Tatsachen waren wohl auch die Veranlassung, daß Herr Dr. Strejemann aus Dresden auf der letzten Arbeitsnachweis-Konferenz in Bremen einen Vortrag hielt über Gründung von Gesellschaften zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen, der in der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung zum Abdruck kam.

Im Auszug wollen wir die wichtigsten Momente des Vortrages bringen. Den Ausdruck Streikversicherung weist der Referent als irreführend zurück, da die Unternehmerverbände nicht die Absicht haben, „Streikversicherungs-Gesellschaften“ zu gründen, um aus den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Dividenden herauszuholen, sondern sie wollen unter sich eine Gesellschaft zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen gründen, um bei Streiks die daraus entstehenden Schäden dem Einzelnen abzunehmen und auf die tragfähigen Schultern der Arbeitgeberorganisationen, also der Gesamtheit der Verbandsangehörigen zu übernehmen.

Diese gegenseitige Unterstützung soll auf rechtlichen Grundlagen beruhen und einen Rechtsanspruch bedeuten, damit ihr der Charakter einer eigentlichen Unterstützung genommen wird; die pekuniäre Rückenstärkung des einzelnen Unternehmers soll nicht als eine Wohlthat seiner Kollegen, sondern lediglich eine Gegenleistung für die gezahlten Beiträge sein. Es ist ein peinliches Gefühl, wenn ein Unternehmer während eines Streiks seine Schwäche eingestehen und um Hilfe bitten muß, damit er sich über Wasser halten kann; wenn der Streik vorüber ist, so bleibt dem Unternehmer, der Unterstützungen angenommen hat, noch immer eine Gefühl des Mißbehagens zurück und er fühlt sich dem Arbeitgeberverband gegenüber gewissermaßen moralisch zum Dank verpflichtet. Dies alles fällt nach der Mei-

nung des Referenten weg, wenn jedes Mitglied einen statutenmäßigen Anspruch auf Entschädigung hat.

Allerdings kann es sich hierbei nur um eine Unterstützung im Falle eines unberechtigten Streiks handeln, denn das Streben der Unternehmer, so meint der Referent, ist prinzipiell auf ein friedliches Zusammenwirken zwischen Unternehmern und Arbeitern gerichtet; die Arbeitgeber haben kein Interesse daran, sich durch Schuldloshen und durch übermäßiges Ausnutzen der Arbeitskräfte gegenseitig eine Schmutzkonkurrenz zu machen, weshalb es wünschenswert ist, daß die Arbeitsbedingungen in ganz Deutschland, und wenn irgend möglich, sogar international, einheitlich geregelt werden; wenn es also den Arbeitern eines Bezirks gelungen ist, von den Arbeitgebern Zugeständnisse zu erlangen, so haben letztere keine Veranlassung, die Arbeiter anderer Bezirke, wo ähnliche Verhältnisse vorliegen, zu hindern, sich dieselben Zugeständnisse zu erringen.

Der Standpunkt des Referenten ist ja recht vernünftig, aber weiß er denn nichts von den Kämpfen in Grimmitzhan, im Ruhrrevier und in der Elektro-Industrie und namentlich der A.-G. vor kaum ein paar Monaten? Wer diese Kämpfe, ihre Ursachen, und ihren Ausgang kennt, der weiß, daß es dem Unternehmertum absolut mit friedlichen Vereinbarungen nicht ernst ist. Nur wenige Berufsgruppen sind es, wo friedliche Vereinbarungen, also Lohnstarife, das Gewerbe vor größeren Erschütterungen und Schädigungen schützen und auch, daß immer erst nach heftigen dorthinvergangenen Kämpfen, oder dem deutlichen Beweis, daß die gestellten Forderungen mit allen Mitteln und dem größten Protest der gut organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erkämpft werden, wenn nicht auf friedlichem Wege Verständigung gesucht und Vereinbarungen getroffen werden.

Nachdem Dr. Strejemann der sozialpolitischen Einsicht der Unternehmerverbände dieses Loblied gesungen hatte, wies er die Ansicht zurück, als ob unterchiedslos und ohne Prüfung bei jedem Streik das Prinzip der Entschädigung einzelne Arbeitgeber veranlassen könnten, in Zeiten schlechten Geschäftsganges Streiks zu provozieren, um in Besitz der Entschädigungen zu gelangen. Wegen dieser Auffassung, daß gewisse Unternehmer den Streik geschäftlich ausnutzen würden, führt er aus: „Es wird völlig übersehen, daß in den meisten Fällen die Arbeitseinstellung dem Fabrikanten ein weit größeres Risiko auferlegt, als dem Arbeiter. Was legt der Arbeiter schlimmstenfalls aufs Spiel? Er erhält während der Dauer des Streiks zwar nicht den ganzen Lohn, aber doch einen bedeutenden Prozentsatz als Entschädigung von seiner Gewerkschaft. Er hat während des Streiks freie Tage, an denen er sich von der Arbeit ausruhen kann. Wirklich der Streik, so arbeitet er meist zu den alten Bedingungen in der Fabrik weiter, hat also seine Lage wenigstens nicht verschlechtert. Wenn aber wirklich sein Platz an der Arbeitsstelle besetzt ist, so tritt abermals die Gewerkschaft für ihn ein, bezahlt ihm die Umzugsgehälter nach einer anderen Stadt, und in den weitaus meisten Fällen findet er neue Arbeitsgelegenheit und Verdienst.“

Dem Arbeitgeber dagegen entgeht nicht nur der Verdienst während der Zeit des Streiks, sondern er ist in Gefahr, auf dem Markte selbst durch seine Konkurrenz verdrängt zu werden. In der Zeit, in welcher er nicht liefern kann, werden seine Kunden von der Konkurrenz besetzt, sie kommen in Geschäftsverbindung mit Firmen, die ihnen früher vielleicht nicht bekannt waren, ihre Abnehmer gewöhnen sich an neue Muster, neue Stoffe und Waren, und so droht später vielfach ein Verlust des Kundenkreises einzutreten. So wird ein Streik in seinen Wirkungen von den Fabrikanten noch gespürt, wenn er an sich schon längst erledigt ist. Ein Arbeitgeber müßte also somit völlig töricht sein, wenn er einen Streik provozieren wollte, selbst, wenn ihm eine materielle Entschädigung von dem Entschädigungsverbände geboten würde und eine Prüfung der Berechtigung des Streiks nicht stattfände. Nun hat aber der Gesamtverband der Metallindustriellen auch ferner die Höhe der Entschädigung mit einer Mark pro beschäftigten Arbeiter und Tag des Streiks so festgelegt, daß die danach auszahlenden Summen zwar eine Stärkung und einen erwünschten pekuniären Rückhalt für den Arbeitgeber bilden, aber jedenfalls doch keinen Anreiz geben, innerhalb der Fabrik zu schließen und das geschädigte Risiko einer allgemeinen Arbeits- und Betriebs-einstellung auf sich zu nehmen.“

Diese Begründung klingt ganz gut; doch ist hier die Möglichkeit nicht beachtet worden, daß es Unternehmer geben kann, die einen Streik provozieren, weil sie den wirtschaftlichen Ruin vor Augen haben, besonders wenn es sich um Machtfragen handelt, liegt diese Gefahr sehr nahe. Ein Unternehmer, dem das Messer an der Kehle sitzt, hat es in seiner Hand einen Streik monatelang hinzuziehen und auf diese Weise die Streikversicherungskasse gehörig zu schröpfen; und selbst wenn ihm das Materielle fern liegt, so läßt es sich doch denken, daß er einen Streik als Mittel benutzt, um „mit Ören“ unterzugeben. Alle diese Möglichkeiten bilden eine stete Gefahr für die Kasse, wogegen auch die schärfste Kontrolle nicht schützen wird.

Aber noch andere Einwürfe werden gegen die Streikversicherungsidee ins Feld geführt. Der Referent führte diesbezüglich folgendes aus: „Man stellt die Gesellschaften als finanziell nicht leistungsfähig dar, man sucht zu beweisen, daß sie bei großen Streiks zusammenbrechen müßten. Es ist selbstverständlich, daß ein allgemeiner Streik in der ganzen Branche oder in dem gesamten Gebiet der Entschädigungsgesellschaft die Kassen der Entschädigungsgesellschaften sprengen würde. Daselbe wäre der Fall bei einer Feuerversicherung, welche nur bestimmte Orte umfaßt, wenn die Häuser dieser Orte in einem und demselben Tage niederbrennen. Diese Gefahr wird aber umso mehr vermindert werden, je breiter die Basis ist, auf welcher die Gesellschaft errichtet ist. Es wäre ein ganz verkehrtes Unternehmen, wenn die wenigen Großindustriellen der Rhein- und Bergwerksindustrie in Rheinland und Westfalen eine Entschädigungsgesellschaft gründen wollten, denn im wesentlichen wird bei dem Risiko einer allgemeinen Arbeitseinstellung und bei der geringen Zahl der Gesellschafter das Ganze nur auf eine Art Selbstversicherung zurückkommen können. Anders liegt es aber, wenn der über ganz Deutschland verbreitete Gesamtverband deutscher Metall-industrieller eine solche Gesellschaft gründet, denn

die Wahrscheinlichkeit, daß in allen 3000 Betrieben der Metallindustrie, welche dem Verband angehören, zu gleicher Zeit ein Streik ausbricht, ist doch keine allzu große. Wenn es sich um Erzwingung politischer Forderungen handelt, wenn etwa die Frage einer Veränderung des Reichstagswahlrechtes die Arbeitermassen aus politischen Beweggründen aufrührt, dann können in Ausnahmefällen derartige Massenarbeits einstellen vorkommen, nicht aber aus Lohnhöheren oder Fragen des Arbeitsvertrages, und noch geringer ist die Wahrscheinlichkeit, wenn die Entschädigungsgesellschaften von Verbänden begründet werden, welche sich über ein möglichst großes Gebiet erstrecken und die verschiedenartigsten Branchen umfassen."

Am Schluß seiner Ausführungen sagt der Referent:

"In der öffentlichen Meinung dichtet man dem Arbeitgeber immer an, er sei der Stärkere, dem der schwache Arbeiter kleine Verbesserungen seiner Lage erst abtrotzen muß. Wir wissen, wie verkehrt diese Anschauung ist und daß dem Arbeitgeber nichts fern liegt, als irgend welche Arbeitseinstellung, die für ihn eine Vahmlegung der gesamten Tätigkeit bedeutet, herbeizuwünschen. Wenn gewisse Sozialpolitiker in der Küftung des Unternehmertums eine soziale Gefahr erblicken, so verkennen sie vollständig die Entwicklung der Verhältnisse auf beiden Seiten. Wir können und wollen vielmehr hoffen, daß der Grundlag unserer Arbeitgeberverbände, auf einen dauernden Frieden zwischen beiden Teilen hinzuarbeiten, durch diese Gründung von Entschädigungsgesellschaften eine wesentliche Förderung erfährt."

Diesen Friedensschlüssen ist natürlich wenig Vertrauen entgegenzubringen, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß nur dann ein Friede zustande kam, wenn beide Teile gleich stark waren und auch nur nach vorher abgelegten Kraftproben: denn daß die Unternehmerverbände einen Frieden nicht wollen, beweist ja auch eine Arbeit des „Verwaltungsjuristen“ der „Arbeitgeberzeitung“, der in den Kämpfen und in dem Angen in Rußland eine Gefahr für Deutschland sieht und darum soll schon jetzt ein Gesetz geschaffen werden und zwar ein Notgesetz gegen den General- oder Massentreik: denn es besteht nach Ansicht des „Verwaltungsjuristen“ der „A.-B.“ die außerordentliche Gefahr, daß der gesamte nationale Wohlstand zugrunde gerichtet wird und er empfiehlt, daß bei General- oder Massentreiks, welcher einen oder mehrere Bundesstaaten betrifft, die Führer mit 1-5 Jahren Zuchthaus bestraft werden mögen. — Das ist der Friede — den sie wollen und ohne diese neuere Leistung hätten wir doch unseren Mitgliedern zuzuerufen: Nur kein Vertrauen, erst wägs, dann mag's und vor allen Dingen: Schließt fester die Reihen, denn jede Lücke kann uns Gefahren bringen.

Stuttgarter Brief.

Wenn von der hiesigen Zahlstelle seit längerer Zeit nichts mehr in der „Solidarität“ zu lesen war, so hat das seinen Grund nicht darin, daß wir in der untersten Ede von Deutschland vielleicht schlafen, wie es den Anschein haben könnte; mit nichten, denn wir haben mit örtlichen Sachen genügend zu schaffen, sondern die Ursache ist die, daß während dieser Zeit nichts besonders Wichtiges vorgelegen hat, das die weitere Öffentlichkeit oder die übrige Kollegenschaft Deutschlands interessiert hätte, deshalb auch den kostbaren Raum der „Sol.“ nicht unnötig benützen wollten. Erst in jüngster Zeit, ungefähr seit der öffentlichen Versammlung, in welcher unsere Verbandsvorsitzende Frau Thiede aus Berlin als Referentin anwesend war, kam etwas mehr Leben und Bewegung in unsere Reihen, was auch außerhalb der Grenze Stuttgarts eines gewissen Interesses nicht entbehrt: Wir haben hier einen neugegründeten Lokalverein und wünschte die Versammlung, da der Bericht hierüber, der in der „Schwäbischen Tagwacht“ gestanden hat, auch für die „Solidarität“ Aufnahme finden möge:

Eine öffentliche Versammlung der Buch- und Steinbruderei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen fand auf Veranlassung der hiesigen Zahlstelle im Gewerkschaftshaus statt. Als Referentin war die Verbandsvorsitzende Frau Paula Thiede aus Berlin erschienen. Dieselbe erläuterte in ausführlichster Weise die vorteilhaftesten Reueinrichtungen innerhalb des Verbandes, welche der diesjährige in

Halle a. S. stattgefundene Verbandstag beschloß und die vom 1. Oktober an in Wirkung traten. Die Referentin betonte, daß durch die getroffenen Einrichtungen, wie Krankenversicherung, Arbeitslosenunterstützung usw. ein äußerst wirksames Agitationsmittel geschaffen wurde; es sei daher zu hoffen und zu erwarten, daß dadurch auch der ziemlich stark vorhandenen Fluktuation besser Einhalt geboten werden könne. In Anbetracht der wesentlichen Vorteile, die unter Zentralverband stehe, und der großen Errungenschaften, die er seit seinem Bestehen aufzuweisen habe, sei ganz sicher ein weiterer bedeutender Zuwachs an Mitgliedern in nächster Zeit zu verzeichnen. Eine umso bedauerlichere Erscheinung sei es, daß in der größten Druckerei am Plage, nämlich der „Union“, von dem dort beschäftigten Hilfspersonal jetzt niemand dem Verbandsangehöre und das Hilfspersonal sein Geld in jüngster Zeit in einem Sonderorganisationen verbeude, dem ca. 100 Mitglieder angehören und das dem Zentralverband in dieser Druckerei den Boden entziehe, was ja auch der Hauptzweck der Begründer war und ist. Nicht unerwähnt soll bleiben, was auch in der Diskussion hervorgehoben wurde, daß die Triebfeder dieser verwerflichen Machinationen ein früher sehr eifriges Verbandsmitglied B. aus Feuerbach ist. Bescheidend ist, daß die Ehre, in dieses Lokalverbänden aufgenommen zu werden, nur weiblichen Berufscollegen zuteil wird, männliche können und werden jedoch nicht aufgenommen. Die Gründe hierfür leuchten jedem auch nur halbwegs denkenden Menschen sofort ein. Die weiblichen Mitglieder lassen sich viel leichter leitbarmen und merken nicht, daß sie durch ihre Beiträge nur den egoistischen Zwecken einer gewissen Person dienen, denn einen Anspruch auf das etwaige Vereinsvermögen hat laut Statut niemand, darüber verfügt nur der Vorstand. Unglaublich aber wahr! — Die hiesige Zahlstelle des Zentralverbandes des Buch- und Steinbruderei-Hilfspersonals wird es sich zur besonderen Aufgabe machen, dieses Sonderverbänden in den Augen zu behalten, und bei den Irreführten durch eine intensive Agitation von Druckerei zu Druckerei für die nötige Aufklärung und Gewinnung neuer Mitglieder zu sorgen. Denen, welche dem Zentralverband bereits schon angehört und die infolge der in letzter Zeit schon vorgekommenen Querstreiberien diesem den Rücken sehten, ist es möglich gemacht, wenn sie in Bälde wieder unserem Verbands beitreten, ohne Eintrittsgeld samt und ionders ihre bereits erworbenen Rechte wieder zu erhalten. Wir hoffen, daß uns die Angehörigen verwandter Berufe, speziell die Herren Maschinenmeister bei der Agitation nicht hinderlich sind, sondern, soweit es ihnen möglich ist, uns in unserem Bestreben unterstützen. Es kann und wird nur zum Vorteil aller sein. Es gilt ein schweres, aber auch dankbares Feld zu bearbeiten. Darum frisch und hoffnungsvoll ans Werk."

Nach diesem Versammlungsbericht hin glaubte sich die Kollegin Marie Berger aus Feuerbach verpflichtet zu sein, der „Schwäbischen Tagwacht“ folgende „Entgegnung zur Aufnahme einzulassen:

„Eine Entgegnung. Wir werden um Aufnahme dieser Erwiderung eruchtet: In Nr. 263 der „Tagwacht“ befindet sich ein Versammlungsbericht der Zahlstelle Stuttgart des Verbandes der Buch- und Steinbruderei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen, der sich stark mit meiner Person beschäftigt. Ich erlaube mir, hierzu folgendes zu bemerken: Das „Organisationen“ wurde von uns nicht gegründet, um dem Zentralverband den Boden zu entziehen, sondern weil die Arbeiterinnen durch die Beitragsabhängigen und sonstige Vorkommnisse in der Zahlstelle Stuttgart nicht mehr zu bewegen waren, ihre Beiträge an die Zentrale zu bezahlen. Das Geld der Mitglieder des „Sonderverbändchens“ wird auch nicht vergendet, sondern laut Statut mindestens zu den gleichen Zwecken verwendet wie beim Zentralverband. Ferner sollen die Arbeiterinnen durch ihre Beiträge „nur den egoistischen Zwecken einer gewissen Person dienen“, da über das Geld nur der Vorstand verfügt. Die Macher dieser Angriffe kennen ihre eigenen Statuten nicht, sonst müßten sie wissen, daß § 7 lautet: Ein klagbares Recht haben die Mitglieder nicht. Und im § 11 des Streikreglements heißt es: „Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach den vorhandenen Mitteln und wird vom Vorstand festgesetzt.“ Also auch hier bestimmt der Vorstand über die Gelder. Wer fabri-

gens selbst im Glashaus sitzt, soll nach anderen nicht mit Steinen werfen. Was bei einer etwaigen Auflösung mit unserem Vermögen geschieht, ist Sache der Mitglieder, das geht den Zentralverband nichts an. — Ann. d. Heb. Die Antwort überlassen wir dem Vertreter des Zentralverbandes."

Die „Entgegnung“, wie sie hier zu lesen ist, bekam jedoch erst von der Redaktion der „Tagwacht“ eine halbwegs anständige Form; nachdem alles übrige persönliche Geschimpfe und Gegeter, soweit es nicht in Rahmen einer Entgegnung lag, natürlich nicht aufgenommen wurde. Wie objektiv und sachlich diese „Entgegnung“ vor der Korrektur gelaute haben mag, davon zeugt die anderen Tags erschienene Briefkastennotiz der „Tagwacht“, die doch gewiß eine starke Dosis von Anrempelung gewohnt ist; trotzdem bemerkt sie:

Frau M. B. in A. Sie entschaffieren sich ganz unnötig. In Ihrer Entgegnung wurde nur gestritten, was über den Rahmen einer „Berichtigung“ hinausging. Im übrigen verwarfen wir uns ganz entschieden gegen die Art Ihrer „Belehrung“, wir wissen schon selbst, was wir zu tun und zu lassen haben.

Die hiesige Ortsverwaltung könnte hinsichtlich der älteren Mitglieder eine Antwort auf diese „Entgegnung“ zu geben, ja überhaupt verzichten. Aber im Interesse der Öffentlichkeit und der frisch gewonnenen Mitglieder, sowie speziell der uns noch fernstehenden großen Masse von Kollegen und Kolleginnen am hiesigen Plage ist es notwendig, darauf zu antworten. Und ganz hauptsächlich hat die Ortsverwaltung im Auge, die durch die Machinationen der Kollegin Berger usw. Irreführten im allgemeinen und die vielen einstigen Mitglieder der „Union“ (Deutsche Verlagsgesellschaft) im Besonderen, auf die tatsächlichen Verhältnisse und Umstände aufmerksam zu machen und aufzuklären. Aus diesem Grunde wollen wir doch nicht unterlassen, etwas näher auf diese Sache einzugehen und gleich damit die Antwort auf die „Entgegnung“ mit zu verbinden. Zu diesem Zwecke lassen wir am besten den diesbezüglichen Bericht unserer letzten Monatsversammlung folgen:

„Unsere Monatsversammlung beschäftigte sich u. a. auch lebhaft mit der „Entgegnung“ der Kollegin B. aus Feuerbach in Nr. 268 der „Tagwacht“ auf unseren Bericht in Nr. 263. Die Versammlung fand den vom Schriftführer des Verbandes der „Tagwacht“ eingelangte Versammlungsbericht korrekt und objektiv gehalten. Man muß sich nur fragen, was der Einsenderin B. eigentlich zu ihrer gütigen Entgegnung Veranlassung gab. Eine bewundernswürdige Meisterin in der Kunst, die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf zu stellen ist und bleibt sie. Die Kollegin B. weiß so genau wie wir, daß die Mitglieder der „Union“ nicht erst seit der Beitragserhöhung dem Zentralverband den Rücken sehten, sondern schon lange vorher, aber nur durch die fortwährenden Aufforderungen der Einsenderin, die Mitglieder sollten doch nicht mehr so dumm sein und ihr Geld in diesen Verband einzahlen, da dies doch nur nach Berlin geschickt werde, und durch ununterbrochene Stänkereien gegen Personen in der Ortsverwaltung. Sollten je einmal Vorkommnisse von der einen oder anderen Person, die vor Jahren dem Ausschuss angehört, geschehen sein (was die B. jedenfalls mit dem Hinweis auf das „Glashaus“ meint), so ist das gewiß sehr bedauerlich und verurteilenswert, aber es ist nicht am Plage, dies der heutigen Ortsverwaltung des Zentralverbandes an die Hochhöfe zu hängen und sich die Bekämpfung des letzteren zur Lebensaufgabe zu machen, umso mehr, wenn man sich darin gefällt, wie die Kollegin Berger, als aufgeklärtes und eingeschriebenes sozialdemokratisches Parteimitglied zu gelten. Da ist es aber mit dem Zielbewußtsein nicht weit her! Sonst würde sie wissen, daß es den sozialdemokratischen Anschauungen doch widerspricht, neben einem auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Zentralverband am Ort noch einen Lokalverband zu gründen und dessen Vorkämpfer zu sein! Die Kollegin B. meint auch uns unsere Statuten lernen zu müssen und weißt auf die §§ 7 und 11 hin. Ja, warum unterläßt sie denn die § 8 anzuführen?! Derselbe befragt und bestimmt doch ganz deutlich, daß wir z. B. in der 3. Klasse eine wöchentliche Arbeitslosenunterstützung von 6,30 Mk. zehn Wochen lang gewähren; ferner

eine Krankenunterstützung von 2,70 Mk auf die Dauer von 5 Wochen; weiter eine Streifenunterstützung von 12 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. eben bis zu 90 Pct. des gebalhen Lohnes, sowie auch eine Maßregelungsunterstützung von Zweidritteln des bezogenen Lohnes. Das sind doch also, wie ersichtlich, ganz enorme Unterstützungen bei diesem geringen Beitrag. Demgegenüber ist jedoch in dem Statut des Lokalvereins nicht eine einzige irgendwelche Höhe von Unterstützungen angegeben, geschweige denn gewährleitet! Den Hinweis auf unsere Statuten hätte sie sich also besser erspart; denn die kennen wir besser als sie." Sobiel als Entgegnung auf die Angriffe der Kollegin A. Wir hoffen und wünschen aber, daß die Einsenderin in unseren nächsten Versammlungen zwecks sachlicher Aussprache erscheint, und versichern sie und ihre Kolleginnen, daß sie uns jederzeit willkommen sind. Wenn auf jener Seite ein ernsther Willen vorhanden ist, dann wird sich auch ein Weg finden zur Verständigung und Einigung; der Erfolg würde sich in Wälde bei sämtlichen Berufsangehörigen zeigen. t.

Korrespondenzen.

Cassel. Versammlung vom 31. Oktober. Dieselbe war gut besucht. Nach Verlesung des Protokolls macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß dem Schriftführer im letzten Bericht der „Solid.“ ein bedauerlicher Fehler unterlaufen sei, indem derselbe schrieb, der Vorstand hätte in einer Sitzung beschlossen, die Remuneration für denselben festzusetzen. Er konstatiert, daß dies nicht der Fall sei, sondern daß in der letzten Versammlung ein Antrag des Vorstandes vorgelegt wurde, wonach derselbe um eine Vergütung ersucht, da es ihm bei der großen Arbeit und den vielen persönlichen Ausgaben infolge der großen Mitgliederzahl und der damit verbundenen Arbeitslast nicht mehr möglich sei, diese Ausgaben tragen zu können. Die Versammlung habe auch beschlossen, vom 1. Januar 1906 ab den Vorsitzenden 10 Mk., der Kassiererin 5 Mk., dem Schriftführer 2 Mk., der Hilfskassierin 2 Pct. der Einnahme vierteljährlich zu gewähren, ebenso die Sitzungen mit 40 resp. 30 Pf. zu vergüten. Er halte es für nötig, dieses festzusetzen und in der nächsten Nummer der „Solid.“ dahingehend zu berichten, da ihm daran gelegen sei, daß nach außen nicht der Anschein geweckt werde, als könne der Vorstand über die Verbandsgelder verfügen wie er wolle; das sei nicht der Fall, sondern lediglich die Versammlung habe das Recht, solche Bewilligungen festzusetzen. Hierauf wurde das Protokoll genehmigt. Krank sind der Kollege Schlohmacher und die Kolleginnen Gant und Paulaus. Durch den Arbeitsnachweis wurden 5 Kolleginnen vermittelt. Als Ortskrankentafelkontrolleurin wurde Kollegin Letter gewählt. Hervorzuheben sei, daß wir jetzt 5 Kontrolleurinnen bei der Ortskrankenkasse der Buchdrucker haben. Des weiteren wurde mitgeteilt, daß bei der Firma Gebr. Gotthelf 6 Anlageapparate aufgestellt und dadurch eine ganze Reihe Anlegerrinnen arbeitslos würden; dies betraf aber Kolleginnen, welche sich bis jetzt, trotz eifriger Agitation, dem Verband nicht angeschlossen hätten. Hoffentlich kommen sie von selbst, denn andere Druckerinnen seien mit unseren Mitgliedern besetzt. Aufgenommen wurden 5 Kollegen und 9 Kolleginnen. Zum Verus zurückgeführt sind 4 Kolleginnen. Dieselben werden in üblicher Weise willkommen gegeben. Ausgeschlossen wurden: Aggermann, Schmidt, Müller, Niemenschneider, Wagner, Geiser, Luchardt, Bullert, Carl Hartmann, Laß, Wiegand, Wenzel, Stolzenbach wegen Nesten und auf Grund des § 55 Abs. c. Wegen Berufswechsel haben sich zwei Mitglieder abgemeldet. Der Vorsitzende beklagt die große Anzahl der Ausgeschlossenen, aber solche Mitglieder könnten wir nicht brauchen, dieselben schaden mehr als sie nützen. Die Abrechnung vom Familienabend ergibt ein Defizit von 6,10 Mk., herangezogen durch den schlechten Besuch. Die Abrechnung vom dritten Quartal ergibt einen Ortskastenbestand von 163,05 Mk., an Zuschuß in Krankheitsfällen wurden an 16 Mitglieder 71,50 Mk. ausbezahlt. Von den Revisoren wird berichtet, daß Kasse und Bücher sich in bester Ordnung befinden haben und ersuchten um Debargeerteilung. Der Mitgliederbestand beträgt 78 zahlende Mitglieder, welche bis heute auf über 100 gestiegen ist. Zum letzten Punkt berichtete Kollege Sauer über den Verlauf der letzten Maschinenmeisterversammlung und teilte derselbe mit, daß die Resolution, worin er aufgeführt wurde, den Vollen als Vorsitzender der Bahnhöfe niederzulegen oder die Konsequenzen zu ziehen, nach langer Auseinandersetzung zurückgenommen wurde.

Remerken wolle er noch, daß die Mitglieder mehr Hand in Hand mit den Maschinenmeistern gehen müßten, dann kämen solche Unannehmlichkeiten nicht mehr vor und damit sei die Angelegenheit für uns erledigt. Hierauf Schluß der Versammlung. C. L.

Berlin. Bericht von der kombinierten Versammlung der Bahnhöfe I, II, III, am 3. Dezember 1905. Auf der Tagesordnung steht der Streif bei Hempel & Co. und was lehrn uns derselbe, Disziplin und Vertriebenes. Das Bureau legt sich zusammen aus dem Kollegen Weich als ersten, der Kollegin Teske als zweiten Vorsitzenden, dem Kollegen Kessel als ersten und dem Kollegen Lust als zweiten Schriftführer. Ueber den Streif und die näheren Begleiterscheinungen referiert Kollege Moritz und gibt derselbe in kurzen Umrissen ein anschauliches Bild der ganzen Angelegenheit, dabei auf die von ihm gebrachten Artikel in der „Sol.“ hinweisend, die vollinhaltlich die Tatsachen wiedergeben und nur in einem reifiziert werden können, daß der Reichs betreff des Anspruchs, sie können mit dem alten Personal arbeiten, müssen aber mit dem neuen Personal arbeiten, wie sich nach verschiedenen Aussprachen herausgestellt hat, nicht von den leitenden Personen und der Versammlung ausgeht, sondern daß die betreffenden Maschinenmeister von Hempel sich diesen Anspruch des Vorhinein der Zentralkommission, Herrn Kräfte, den er in der Versammlung gebrachte, zu eigen machten; doch bleibt auch hier noch ein gut Teil Verantwortung dem Vorstand, der derartige Tendenzen unwiderprochen ließ. — Nach alledem, was in den darauffolgenden Sitzungen mit dem Gauvorstand und Vorstand des Maschinenmeistervereins richtig gestellt wurde, haben diese Intentionen anerkannt, daß die fraglichen 14 Maschinenmeister der Geschäftsleitung in der Niederwerfung des Hilfspersonals hilfreich zur Seite standen und als treue Stützen des Unternehmers sich den Dank derselben zu erwerben geneigt haben, indem sie bei Fertigstellung der Zeitung an dem fraglichen Donnerstag die Hilfsarbeiten verrichteten. Die Entschuldigung, daß von Seiten der Hilfsarbeiter der nötige Anstanzweg nicht innegehalten wurde, hält gegenüber der Tatsache, daß auch Maschinenmeister die Forderung betreffs des Hilfsmittelwesens für Meister mit einem jugendlichen Arbeiter ohne Innehaltung des Anstanzweges durchsetzten, nicht stand. Daß man trotz der Ueberzeugung, daß eine Hilfskraft gebraucht wird, keine erwachsenen Hilfsarbeiter an diesem Apparat dulden wollte, erklärt auch hinreichend die Absicht, daß das wieder einzustellende Personal ausgesucht werden sollte und wie auch von einigen geäußert wurde, es nur galt, der Hilfsarbeiter ein Schlag zu verziehen. Die hier zum Vorwand dienende Begründung, die in dem schlechten Vertrauen gegen die Maschinenmeister gipfelt, ermagelt jeglichen Beweises, denn es wurde angegeben, daß bei Hempel über 90 Pct. des Hilfspersonals keine Mäße zu führen ist und es erweckt fast den Anschein, als ob die Maschinenmeister in allen erregenen Verbesserungen der Hilfsarbeiterpositionen eine Schädigung ihrer Interessen erblickten. Verlesen die ersten Sitzungen wegen der allgemein zutage tretenden Erbitterung resultatlos, so wurde in der dritten insofern eine Einigung erzielt, als von Seiten der Buchdrucker die Berechtigung der gestellten Forderung, die Einstellung der Hilfskraft an den Apparatmaschinen uns zu überlassen, anerkannt werden mußte und eine Basis festgelegt wurde, die Wiederholungen derartiger Fälle ausschließt. Redner verliest nachfolgendes von der letzten gemeinsamen Sitzung verfaßte Protokoll und empfiehlt im Anschluß hieran nachstehende Resolution zur Annahme:

Die heute am 3. Dezember 1905 im Louisestädtschen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 7, tagende kombinierte Versammlung der drei Berliner Bahnhöfe des Verbandes der Buch- und Steinbrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands nimmt mit Entrüstung von dem Verhalten der Maschinenmeister der Firma Hempel & Co. beim Zustand des Hilfspersonal Kenntnis. Derselbe erklärt nach wie vor auf dem Standpunkt zu stehen, daß an Maschinen mit Anlageapparat nach Möglichkeit ein organisierter, erwachsener Hilfsarbeiter zu stellen ist und dies umso mehr, als feststeht, daß an diesen Maschinen Hilfspersonal gebraucht wird. Die Organisationsvorstände werden beauftragt mit allen zu Gebote stehenden Mitteln diese Resolution in den Betrieben zur Durchführung zu bringen unter Innehaltung der vorgeschriebenen Anstanzwege. In der nun folgenden Diskussion spricht sich Kollegin Thiede dahin aus, daß diese Vorkommnisse nicht zum wenigsten der eigentlichen Agitationsarbeit des Maschinenmeisters Herrn Kräfte zuschreiben sind, der nicht unverkühlt läßt, die gesamte Hilfsarbeiterbewegung in den Buchdruckerfreien herabzusetzen und sie als ein, mit allen nur möglichen Mitteln zu bekämpfendes Uebel zu betrachten empfiehlt. Er verschmäht es sogar nicht,

mit diesen Mitteln in der Provinz zu operieren und so die allgemeinen Verbandsinteressen zu hemmen. Welchen geradezu forrumpierenden Einfluß dieser Herr auf seine eigenen Kollegen ausübt, ergibt sich aus der Tatsache, daß die famosen Reichsträge an die 14 Maschinenmeister von ihm ausgingen, der noch glaubte, sich ein besonderes Verdienst damit erworben zu haben. Redner äußert sich noch über den zuerst erschienenen sehr allein angegriffenen Artikel und erklärt, daß dieser Artikel nach den Versammlungsberichten des Gauvorstandes und Maschinenmeistervereins erscheinen mußte, wenn wir nicht als Künner dastehen wollten, zumal auch in der Sitzung vom 16. November keine Verständigung erfolgte, sondern die Handlungsweise der Verzebu vom Maschinenmeistervereinsvorstand verteidigt wurde, während der Gauvorstand einmütig diese „Glanzleistung“ ganz energig verurteilte. Kollegin Thiede kommt zu dem Schluß, daß die Tendenz im Maschinenmeisterverein sich weniger auf die Beherrschung der Massen erichtet, als vielmehr dahin, die bisher selbst verschuldeten Schäden und Verhältnisse in der allgemeinen Lage der Buchdruck-Maschinenmeister bei der bevorstehenden Tarifberatung nun mit einem Schlag und unter allen Umständen zu beseitigen, selbst wenn dies auf Kosten der anderen im Verus arbeitenden Kategorien geschieht. Im übrigen begrüßt Kollegin Thiede die am 23. November erfolgte Verständigung und beantragt die Veröffentlichung der dort erfolgten Vereinbarungen und empfiehlt die Resolution der Vorstände. Kollege Bucher sieht in der ganzen Behandlung dieser Angelegenheit eine Vermeidung ähnlicher Vorgänge nicht gewährleistet. Die Ausführungen gipfeln darin, daß es an der Zeit ist, endlich mit den ewigen Kompromissen zu brechen, da es für eine Organisation wie die unsere unwürdig ist, alle beabsichtigten Aktionen von dem Gutachten und Bestätigen der Buchdrucker abhängig zu machen, zumal eine Gegenseitigkeit ausgeschlossen erscheint, alle Vereinbarungen aber nicht über den Rahmen der Vorstände hinausgehen, in der Praxis aber die Mitglieder der Buchdrucker, wie der letzte Fall zeigt, sich an die Intentionen ihrer Vorstände nicht gebunden halten und die letzteren dann mit einer peinlichen Genauigkeit nach begangenen Formfehlern auf unserer Seite suchen, nur um einem Vorgehen gegen die eigenen Mitglieder entgehen zu sein. Bucher ist ferner der Ansicht, unter diesen Umständen auf jede Erregung, die sich nicht auf eigene Kraft der Organisation stützt, zu verzichten, aber auch im gegenseitigen Fall jede Unterjüngung zu verlegen. — Eine Aenderung der Resolution vom 17. März 1904 hält Redner für ungewinnlich und unterbreitet folgende Resolution zur Annahme:

Die Versammlung der ... verurteilt die erbärmliche Handlungsweise der im Streifenkalle Hempel & Co. in Betracht kommenden 14 Buchdruck-Maschinenmeister auf das entschiedenste, da sie in diesem Vorgehen nur einen Streifbruch erkennt, der durch keine Ausrede abgedwächt werden kann. Im übrigen stehen wir nach wie vor auf dem Standpunkt der Resolution vom 17. März 1904. Kollegin Thiede bekämpft die Resolution Bucher und seine Ansicht, in vorkommenden Fällen unsere Unterstützung zu verlegen, da wir dann dasselbe tun würden, was wir jetzt mit Recht so energig verurteilen. Es sprechen noch mehrere Kollegen, zum Teil im Sinne Buchers. Im Schlußwort ermahnt Kollege Moritz nochmals die Resolution der Vorstände anzunehmen, widerlegt Buchers Ausführungen und hält die Bekanntgabe der am 23. November getroffenen Verständigung für selbstverständlich. Die Abstimmung ergibt eine Majorität für die Resolution Bucher. Hierauf Schluß der Versammlung mit anschließendem gemüthlichen Beisammensein. S. 8.

Berlin. Bericht über die gemeinsame Sitzung der Vorstände der Bahnhöfe I und II Berlin mit dem Gauvorstand und dem Vorstand des Berliner Maschinenmeistervereins am 23. November 1905. Masini eröffnet um 8 Uhr die Sitzung. Er erläutert in kurzen Worten den Grund und Zweck der heutigen Zusammenkunft und wünscht, daß wir durch eine ruhige, sachliche Diskussion zu einem für alle Beteiligten annehmbaren Abschluß kommen. Die Vertreter der Organisationen müßten ihren prinzipiellen Standpunkt erklären zu den Berechtigungen des Hilfspersonals an den mit Anlageapparaten versehenen Buchdruck-Maschinen. Er betont, daß er es als selbstverständlich betrachtet, daß Buchdrucker und Hilfspersonal im Falle irgendwelcher Forderungen zusammenhalten.

Engel ist der Meinung, die Kollegin Thiede hätte in der Sitzung am 16. November wenigstens andeuten müssen, daß der in der letzten Nummer der „Solidarität“ erschienene Artikel im Druck sei und daß außerdem zur Angelegenheit Hempel zum 3. Dezember eine Versammlung festgesetzt sei. (Nun. d. Red.: Der Artikel hätte doch erscheinen müssen, denn am 16. 11. haben die Maschinenmeister ohne Ausnahme die Handlungsweise der

14 Maschinenmeister bei Hempel gut geheissen, und alle Einwendungen und Verzerrungen dieser Handlungsweise durch den Gauvorstand kaum Beachtung.) Er verweist auf verschiedene Unrichtigkeiten in dem betreffenden Artikel und erklärt, wenn diese Fehler nicht richtig gestellt werden, sehen sich die Maschinenmeister veranlaßt, alle vorkommenden Verletzungen des Hilfspersonals der Öffentlichkeit zu übermitteln. Aus allen diesen Gründen protestiert er gegen die Abhaltung der heutigen Sitzung und beantragt, dieselbe zu vertagen. Die Maschinenmeister müßten erst abwarten, was für ein Resultat die Hilfsarbeiterversammlung am 3. Dezember zeitigen würde.

Kollege Moriz bedauert, daß der fragliche Artikel zu unreicher Zeit erschienen sei, es wäre jedoch unmöglich gewesen, denselben zurückzuziehen, da derselbe am 16. November, an welchem Tage die Sitzung stattfand, bereits im Druck war. Die angeblichen Unrichtigkeiten seien Mißverständnisse, welche wegen zu später Aufklärung noch mit hineingekommen sind. Er behauptet, die Hilfsarbeiter hätten den Buchdrucker noch nie solchen Schaden zugefügt wie die Buchdrucker den Hilfsarbeitern im Falle Hempel. Engel möge nicht etwa denken, daß in der Versammlung am 3. Dezember lediglich die Angelegenheit Hempel diskutiert wird, sondern wir Hilfsarbeiter wollen uns auch darüber schlüssig werden, wie wir in Zukunft die Apparatur überhaupt regeln können. Er erludt, den Antrag Engel abzulehnen und in die Tagesordnung einzutreten. Nachdem Engel wiederholt für seinen Antrag gesprochen und darauf Massini und Wachs sich dagegen geäußert haben, wird der Vertagungsantrag abgelehnt.

Zur Sache selbst führt zunächst Wachs aus: Die beiden Vorstehenden müßten sich vornehmenden Falls zu allererst verständigen, dann erst soll mit dem Prinzipal verhandelt werden. Falls von den Maschinenmeistern ein Beschluß gefaßt würde, an 2 Apparaten 1 Hilfsarbeiter zu beschäftigen, würde er der Organisation der Hilfsarbeiter nicht verargen, wenn sie dies mit Rücksicht auf ihre zuerst gefaßte Resolution ablehnen würden.

Massini ist dagegen der Meinung, daß man es der betreffenden Organisation überlassen müsse, bei irgend welchen Angelegenheiten erst mit dem Arbeitgeber Rücksprache zu nehmen. Ist jedoch ein eventuelles aktives Vorgehen geplant, so sind selbstverständlich die zuständigen Instanzen vor dem Verlassen der Arbeit zu informieren.

Montenfel: Die Drucker würden ihre Forderung des Einmaschinen-Systems an den Apparat-Maschinen immer wieder vertreten. Im übrigen sei es ihnen gleich, wie von Seiten des Hilfspersonals die Apparaturfrage geregelt wird.

Engel erklärt: Die Maschinenmeister würden alle Hilfsarbeiten an den Apparat-Maschinen sowie auch an anderen Schnellpressen verweigern, falls das Hilfspersonal in irgend einer Drucker eine Forderung stellt, müßte es sich um die Solidarität der Buchdrucker an die zuständigen Instanzen wenden.

Kollege Weich ist mit der abgegebenen Erklärung nicht voll zufrieden. Er verlangt im Laufe seiner Ausführungen eine präzisere Fassung. Das Beste wäre nach seiner Meinung, wenn die Forderung betreffend den Anlageapparat von Buchdruckern und Hilfsarbeitern gemeinsam gestellt würde.

Kollegin Teske ist im großen Ganzen mit Weich einverstanden. Es ist leider vorgekommen, daß Maschinenmeister unseren Forderungen direkt entgegen gearbeitet haben. Das Aktuelle der Apparat-Frage mache es manchmal unmöglich, erst zum Gauvorstand der Buchdrucker gehen zu können. Sie ist genau wie der Kollege Weich unbedingt dafür, daß wir uns unsere Selbstständigkeit wahren. Jedoch ist sie damit einverstanden, daß in jedem Falle die betreffenden Vorstände informiert werden. Die Buchdrucker sollen es uns überlassen, wie wir die Apparatfrage regeln wollen.

Engel: Die Hilfsarbeiter fordern von den Maschinenmeistern immerwährend Solidarität. Er ist der Ansicht, die Drucker geben dem Hilfspersonal schon etwas, wenn sie erklären, sie verrichten keine Hilfsarbeiten. Nun erludt er um Auskunft, ob wir an einer Ster-Maschine anlegen würden, wenn kein Drucker daran ist.

Kollege Moriz: Eine Hilfskraft wird an den Apparatmaschinen gebraucht. Die Buchdrucker hätten nun nichts darüber zu bestimmen, ob das ein jugendlicher unorganisierter, oder ein erwachsener organisierter Hilfsarbeiter wäre. Nach unserer Meinung müßten diese Stellen vor allen Dingen von Aneignern besetzt werden, da dieselben durch den Apparat in erster Linie verdrängt werden. Er weist die Vertreter der Buchdrucker darauf hin, daß es dem Prinzipal im Falle eines Ausstandes der

Buchdrucker um 100 pCt. leichter ist, mit unorganisiertem als mit organisiertem Hilfspersonal den Betrieb aufrecht zu erhalten. Neben hätte auch persönlich nichts dagegen, wenn an der betr. Resolution in der Versammlung am 3. Dezember eine kleine Aenderung vorgenommen wird. Auf die Anfrage Engels bezüglich uneres solidarischen Verhaltens erwidert Kollege Moriz, daß wir bisher stets die Forderungen der Buchdrucker im Ernstfalle unterstützt hätten. Wir verlangen nun, daß im Falle eines Ausstandes des Hilfspersonals kein neues Personal angeklert wird und daß die Drucker keine Hilfsarbeiten verrichten.

Massini ist mit den Ausführungen des Kollegen Moriz zufrieden und erklärt: Der Gauvorstand würde es nicht zugeben, daß im Falle des Hilfspersonals ausständig ist, die Buchdrucker neues Personal anlernen, mit Streikbrechern zusammenarbeiten oder etwa selbst Hilfsarbeiten verrichten. Es muß jedoch der Gauvorstand vorher informiert werden, damit er die nötigen Maßnahmen treffen kann.

Kollege Weich wünscht von den Vertretern der Drucker eine bindige Erklärung im Sinne Massinis.

Massini führt aus: Es ist selbstverständlich, daß sich die Drucker nach der Erklärung des Gauvorstandes zu richten haben, da ja doch der Gauverein die zuständige Organisation ist und insolge dessen der Gauvorstand über dem Vorstand des Maschinenmeistervereins steht.

Engel wünscht, daß die Hilfsarbeiter die Buchdrucker auch in kleineren Druckerien unterstützen, z. B. wo 1 Drucker 3 Maschinen bedient und dergleichen mehr.

Wachs wiederholt seinen Eingangs der Verhandlungen gemachten Vorschlag betreffs Verständigung der beiden Vorstehenden. Wenn wir auch gemeinsam vorgehen, es wird nicht eher besser, als bis sich die Mitglieder daran gewöhnen, den Informationen ihrer Vorstände Folge zu leisten. Er stellt ausdrücklich fest, daß die Maschinenmeister bei Hempel mit Streikbrechern arbeiten. Es ist jedoch zwecklos, daß der Gauvorstand dieselben ausschließt, da der Hauptvorstand den Ausschluß wegen des vorgekommenen Formfehlers annullieren würde.

Kollege Moriz antwortet Engel: Ueberall da, wo wir darum erludt werden, die Forderung des Einmaschinen-Systems zu unterstützen, seien es nun große oder kleine Druckerien, werden wir Hilfsarbeiter uns mit den Buchdruckern solidarisch erklären. Mit der Erklärung des Gauvorstandes ist Medner zufrieden, auch damit, daß der Instanzweg innegehalten werden soll.

Massini bittet, daß die Mitglieder von allen Seiten über das heutige Resultat aufgeklärt werden, um Hebereien zu verhindern. Er dankt den Anwesenden für ihr Erscheinen und schließt die Sitzung um 11 Uhr.

Erklärung.

Nach Ueberzeugung der Vorstände der drei Berliner Zahlstellen und des Verbandsvorstandes ist die Resolution Bucher unter dem Eindruck und der Erregung über die Handlungsweise der Hempelschen

Maschinenmeister angenommen worden. Die Vorstände sind aber bereit, in Zukunft im Sinne der Vereinbarungen vom 23. November 1905 zu handeln.

J. A.: Paula Thiede, Verbandsvorsitzende.

Briefkasten.

G. V. Karlsruhe. Redaktionschluss ist am Montag, also für diesmal zu spät. Ich finde die Sache gleich Ihnen natürlich ungenehmigt, nehme aber bestimmt an, daß der dortige Vorstand die richtige Antwort zu geben weiß. In den Versammlungsberichten der in Aussicht stehenden Generalversammlung paßt Ihre Einmündung hinein und nehme ich an, daß Sie dort dieselben Ausführungen machen werden.

Raummangels wegen müßten folgende Versammlungsberichte bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden: Berlin II und III, Stettin, Nürnberg, Dresden, Merseburg a. S., München, Magdeburg, Leipzig.

Verfammlungsanzeigen.

Mitteilung an die Mitglieder Leipzigs! Mit der letzten Dezemberwoche werden alle Mitgliedsbücher zur Bücherkontrolle eingezogen, die Vertrauenspersonen haben neben den Mitgliedsbüchern noch das Beitragsbuch und Markenkontobuch zur Kontrolle abzugeben. Um pünktliche Ablieferung aller angeführten Bücher am 30. Dezember wird hiermit gebeten.

J. A. der Verwaltung: Der Vertrauensmann Leipzigs.

Magdeburg. Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 3 Uhr, im oberen Saale der „Reichshalle“: General-Versammlung. — Tagesordnung geht den Mitgliedern zu. Der Vorstand.

BERLIN

vom 17. bis 22. Dezemb.

INTERNATIONALE

Zeitungs-Ausstellung

arrangiert vom

Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister

in den

Industrie-Festsälen, Beuthstraße 20!

Täglich geöffnet von 10 bis 9 Uhr

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.
Berlin, Zahlstelle I und III.

Achtung!

Der Arbeitsnachweis der Zahlstelle I und der neugegründete Arbeitsnachweis der Zahlstelle III ist vom 20. Dezember 1905 ab im

Graphischen Vereinshaus, Alexandrinenstrasse 44

(Gustav Henning.) Telefon Amt IV, 5532.

Otto Aust,

Vorsitzender der Zahlstelle III.

Frau Sophie Teske,

Vorsitzende der Zahlstelle I.

Druckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Leipzigs.

Montag, den 25. Dezember 1905 (ersten Weihnachtsfeiertag)

Grosse Abend-Unterhaltung

unter gütiger Mitwirkung des Leipziger Damen-Turnvereins und der Kapelle des Herrn Musikdirektors M. Weide im

Etablissement Pantheon.

Einlass 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Eintritt im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Programme sind im Bureau und Pantheon zu haben.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein Gustav Riedel, Leipzig, Dresdnerstr. 20.

Dienstag, den 2. Feiertag, von 4 Uhr ab starkbesetzte **Salmusik.** D. O.